



Pressespiegel

Ausgabe: 07.01.2026



IG Metall: Stahl-Arbeitgeber nutzen Krise aus. Die reagieren empört

Gewerkschaftschef Giesler

kritisiert

Verantwortungslosigkeit
der „Kapitalisten“ - auch in
der letzten Tarifrunde.

Arbeitgeber werten das als
Nachtreten.

Stefan Schulte

Duisburg. Mit Beginn des neuen Jahres steigen auch die Löhne der Stahlarbeiter, ein Plus von 1,75 Prozent haben Arbeitgeber und IG Metall vor gut drei Monaten ausgehandelt. Doch Knut Giesler, NRW-Chef der IG Metall, startet alles andere als versöhnlich ins neue Jahr: Er wirft im jüngsten

Magazin seiner Gewerkschaft den Arbeitgebern vor, die Krise nutzen zu wollen, „um uns zu schleifen“.

Ihr Motto laute: „Zurück in die 90er. Das haben wir auch in der letzten Stahtarifrunde erlebt.“

Kampf um Deutungshoheit

Die Arbeitgeber werten das als Nachtreten. „Der offenkundig organisatorisch motivierte Versuch, die Arbeitgeber der Stahlindustrie drei Monate nach dem Abschluss moralisch zu diskreditieren ist weder klug noch seriös“, sagte Gerhard Erdmann unserer Redaktion, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbands Stahl. Der Tarifvertrag trage die Unterschriften von IG Metall und Arbeitgebern. „Von daher verbietet sich eine nachträgliche Monopo-

lisierung der Verantwortung eigentlich von selbst“, sagt Erdmann.

In diesem Jahr stehen Betriebsratswahlen im Frühjahr sowie große Tarifrunden in der Metall- und Elektroindustrie und erneut im Stahl an. Um die Krise zu überwinden, brauche es jetzt „Mut und Zuversicht“, sagt Giesler, und: „Da sind auch die Kapitalisten gefragt. Sie müssen sich ihrer Verantwortung stellen.“ In diesem Zusammenhang keift Giesler ungewohnt hart aus. Die Arbeitgeber versuchten „billige Gewinne aus der schwierigen Situation zu ziehen“ und wollten den Gewerkschaften „eins auswischen.“

Als Beispiel führt er die letzte Stahtarifrunde an. Die IG Metall

habe angesichts der Krise auf eine bezifferte Tarifforderung verzichtet, die Gegenseite sich trotzdem quergestellt. „Sie wollten unser Verantwortungsbewusstsein ausnutzen. Am Ende haben wir gerade noch so die Kurve gekriegt, aber nur dank eines massiven Drohpotenzials“.

Das will Erdmann, bis 2023 Finanzchef der Hüttenwerke Krupp Mannmann, nicht so stehen lassen. Die IG Metall habe seinerzeit die Verhandlungen an den Rand des Abbruchs getrieben. „Es wären die Arbeitgeber, die sich aus Verantwortung für ihre Industrie gleichwohl weit auf die Gewerkschaft zubewegt haben. Den Eindruck erwecken zu wollen, dies sei letztlich nur unter dem Druck von Streikdrohungen erfolgt, ist



Stahlarbeiter erhalten ab Januar

mehr Lohn. Federico Gambarini / parida

reine Kraftmeierei.“ So normal gegenseitige Schuldzuweisungen vor und während Tarifverhandlungen sind, so ungewöhnlich sind sie nach einer Einigung. Die Sozialpartner müssen in diesem Jahr für den Stahl erneut handeln, der Tarifvertrag läuft im Dezember aus. Und die Lage wird nicht einfacher, ThyssenKrupp baut derzeit

11.000 seiner 27.000 Stellen im Stahl ab, HKM droht gar die Schließung. „Wir erleben einen Stellenabbau, dessen Ausmaß erschreckend ist. Wo man auch hinschaut: die Hütte brennt“, sagt Giesler.

Erdmann zieht daraus diesen Schluss: „Es gibt so viele Themen und Probleme, die wir als Sozialpartner gemeinsam lösen müssen, dass wir uns nicht in pseudo-moralischen Spiegelfechtereien verzetteln sollten.“ Die strukturelle Krise der Stahlindustrie werde weitere Arbeitsplätze kosten. Um das wie in den vergangenen Jahrzehnten ohne soziale Verwerfungen hinzukriegen, brauche es sozialpartnerschaftliche Lösungen, was angesichts leerer Kassen immer schwieriger werde.

WAZ DU

IG Bau: Neuer Stundenlohn

Wesel. Die IG Bau Duisburg-Niederrhein informiert über neue Mindestlöhne in der Gebäudereinigung im Kreis Wesel. Ab Januar beträgt der Stundenlohn für Reinigungskräfte mindestens 15 Euro. Für die Außenreinigung, wie Fassaden- und Fensterarbeiten, steigt der Mindestlohn auf 18,40 Euro pro Stunde. Laut der Gewerkschaft müssen alle 79 Gebäudereinigungsunternehmen im Kreis Wesel diese neuen Lohnregelungen einhalten. Die IG Bau beruft sich auf Daten der Arbeitsagentur.

NRZ WESEL